

Gericht pfeift Hafenvorstand zurück

Mit einer superprovisorischen Verfügung wird eine nicht geheime Abstimmung im Verein Bootshafen Fallenbach gestoppt.

Nadine Annen

Gefordert hatten die ausserordentliche Generalversammlung mit geheimer Abstimmung über 40 Mitglieder des rund 180 Mitglieder zählenden Vereins Bootshafen Fallenbach (VBF). An der GV soll der Artikel in den Statuten geändert werden, der die Zusammensetzung des Vorstands regelt. Zudem wird die Erweiterung des Vorstands beantragt.

Der Vorstand hat zwar seine Pflicht erfüllt, eine solche GV durchzuführen. Da diese und damit die Abstimmungen aber coronabedingt schriftlich erfolgen, wäre die Stimmabgabe nicht geheim organisiert gewesen: Die Mitglieder waren aufgefordert worden, ihren Stimmzettel mit Namen zu versehen und an den Präsidenten zu retournieren. Damit sei das Vorgehen statutenwidrig und wurde vom Bezirksgericht gestoppt, da durch die nicht geheime Abstimmung «ein nicht leicht wieder gutzumachender Nachteil zumindest glaubhaft gemacht ist», wie es in der Verfügung heisst.

Doppelmandate würden zu Interessenkonflikten führen

Hintergrund der Anträge für die ausserordentliche GV ist der Vorwurf von Interessenkonflikten zwischen dem VBF-Vorstand und der Fallenbach Werft AG (FWAG) durch Doppelmandate von Vorstandsmitgliedern. So ist der vom Bezirk Gersau als dessen Vertretung im Vorstand eingesetzte Vizepräsident des Vereins gleichzeitig Hauptaktionär und Verwaltungsratspräsident der Werft. Der Unternehmer ist zudem auch Verwaltungsratspräsi-



Im Fallenbach hängt der Hausseggen schief: Bootsplatzmieter werfen dem Vorstand Vetterliwirtschaft mit der im Hafen ansässigen Werft vor. Bild: Andreas Seeholzer

«Konstellation ist eine Win-win-Situation»

Stellungnahme Präsident Erich Wegmann nimmt auf Anfrage des «Boten» stellvertretend für den Vorstand Stellung zu den «widerlegbaren Vorwürfen und Gerüchten», wie er einleitend betont.

Die Situation mit den Doppelmandaten sieht er nicht als problematisch, im Gegenteil: «Für den Verein, die Fallenbach Werft AG, aber auch für den Regattaverein Brunnen ist diese Konstellation eine absolute Win-win-Situation.» Die Werft stelle sowohl dem VBF als auch dem Regattaverein wann immer möglich ihre Vorplätze, Winterlager, Parkplätze und den grossen Bootslift für Regatten und Anlässe zur Verfügung.

Die Fallenbach Werft AG sei zudem sicherlich nicht auf eine Vorstandsbelästigung angewiesen, und diese habe «bis heute nie zum Nachteil der Vereinsmitglieder gereicht», sagt der Präsident. Alle Entscheidungen des Vorstands seien immer statutenkonform und entsprechend bestehenden Vereinbarungen, Baurechts- und Unterbauverträgen zwischen den Gemeinwesen, dem VBF, dem RVB sowie der FWAG erfolgt.

Präsident hofft auf interne Klärung an der GV

Zu einzelnen Vorwürfen wie dem angeblich unzulässigen Kündigungen könne er aus Gründen des Persönlich-

keitsschutzes nicht öffentlich Stellung nehmen. Auch zur superprovisorischen Verfügung gegen die ausserordentliche GV, deren Abstimmung am Samstag abgelaufen wäre, und wie es weitergehen soll, «darf ich aufgrund des laufenden Verfahrens nicht Stellung nehmen», sagt der Präsident und versichert, dass die Mitglieder entsprechend informiert werden.

Wegmann hofft, dass an der kommenden ordentlichen Generalversammlung die offenen Fragen und Anträge gelöst werden. Dass aufgrund der Covid-19-Situation seit der letzten physischen GV 2019 einiges an Informations- und Klärungsbedarf bestehe, könne nicht bestritten werden. (nad)

dent und Mitaktionär einer Firma, deren Geschäftsstellenleiter wiederum im VBF-Vorstand für die Finanzen zuständig ist. Der Geschäftsführer und Aktieninhaber der Werft sowie Hafenmeister ist als Beisitzer im Vorstand somit Mitglied seines eigenen Aufsichtsgremiums.

Lange Liste happier Vorwürfe

Diese Verflechtungen hätten laut einigen besorgten Mitgliedern dazu geführt, dass vermehrt Entscheidungen des Vorstands zugunsten der Werft anstatt dem Vereinszweck und den Statuten entsprechend gefällt worden seien. Vor allem die statutenwidrige Einführung der Segelbootquote, die Motorbootsbesitzer auf der Warteliste benachteiligt, hätte bei den Vereinsmitgliedern grosses Befremden ausgelöst. Diese ist mittlerweile auf Wunsch der Gemeinde Ingenbohl vom Vorstand wieder rückgängig gemacht worden.

Hinzu kämen aber unrechtmässige Kündigungen, temporäre Vermietungen und Vergaben von Bootsplätzen durch gewisse Vorstandsmitglieder in Eigenregie, aber auch die Schikane von Hafen- und Krannutzern für Regatta- und Trainingszwecke, wie die Initiativen gegenüber dem «Boten» ausführen. Besonders gravierend sei zudem, dass sich anscheinend Vorstandssitzungen eingebürgert hätten, zu denen nicht alle Vorstände geladen werden.

Die Änderung eines Artikels in den Statuten, die werftnahe Personen aus dem Vorstand fernhalten will, soll diese Probleme lösen. Die Erweiterung des Vorstands soll die Verantwortung auf mehr Schultern verteilen.

(Bote, 10.03.21)

NACHGEFRAGT

«Ausstandsregel nicht eingehalten»

Bote, 20.03.2021

Die Ingenbohler Gemeinderätin Karin Freitag-Masa ist als Gemeindevertreterin in den Vorstand des Vereins Bootshafen Fallenbach (VBF) delegiert. Sie bekräftigt die Vorwürfe der Mitglieder gegen einzelne Vorstandsmitglieder.

Wie schätzen Sie das Problem der Verflechtungen von Vorstand und Werft ein?

Die enge Verflechtung mit der Werft stellt meiner Meinung nach ein Problem dar und wurde von mir bereits mehrmals erfolglos im Vorstand angesprochen. Zudem werden Sitzungen statt, zu welchen nicht der Gesamtvorstand geladen wird. Auch wird die Ausstandsregel wiederholt nicht eingehalten.

Die geplante Segelbootquote im Geschäftsreglement wurde auf Wunsch der Gemeinde wieder verworfen. Warum musste da die Gemeinde eingreifen?

Die Segelbootquote wurde im Frühjahr 2020 direkt über das Geschäftsreglement eingeführt. Juristische Abklärungen Anfang 2021 seitens der Gemeinde Ingenbohl haben jedoch ergeben, dass Änderungen der Vergabekriterien nur über eine Statutenänderung vorgenommen werden können, welche wiederum von der Generalversammlung (GV) und danach von der Gemeinde Ingenbohl und dem Bezirk Gersau gutgeheissen werden müsste. Deshalb verlangte die Gemeinde Ingenbohl vom Vorstand, dass die Einführung des neuen Segelboot-Vergabekriteriums offiziell von der GV sowie von der Gemeinde Ingenbohl und vom Bezirk Gersau genehmigt werden müsse, sollte der Vorstand daran festhalten. Der Vorstand hat seinem Beschluss vor der GV und vor den Gemeinwesen wenig Chancen eingeräumt und diesen daraufhin per Februar 2021 zurückgezogen.

Wurden im VBF weitere Entscheidungen zugunsten der Werft ohne das Wissen des Gesamtvorstandes getroffen?

Aufgrund meiner Vorstandstätigkeit habe ich diverse Unstimmigkeiten in der Vorstandsführung feststellen müssen. Zum Beispiel läuft die Vergabe der temporären Bootsplätze nicht über einen Vorstandsentscheid, wie in den Statuten vorgegeben. Auch die Baueingabe der angepassten Hafenerweiterung von 2018 wurde weder dem Gesamtvorstand noch der Generalversammlung vorgelegt.

Was sagen Sie zu den Vorwürfen von Mitgliedern gegen einzelne Vorstandsmitglieder bezüglich unrechtmässiger Kündigungen oder der Schikane von anderen Hafenenutzern?

Das ist aus meiner Sicht leider der Fall. Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, kann ich nicht auf Einzelheiten eingehen. Nur so viel: Es wurde einem Mitglied durch den Vorstand ein Platz gekündigt, ohne dass der Gesamtvorstand davon Kenntnis hatte. Dies ist statutenwidrig. Zudem wird der Regattaverein mit Vorschriften und Regeln in der Nutzung des Hafens eingeschränkt.

Ist der Gemeinderat über die Spannungen und Ungereimtheiten informiert?

Ja, der Gemeinderat Ingenbohl wurde von mir über die Unstimmigkeiten und Ungereimtheiten in Bezug auf die Vorstandsarbeit im VBF informiert.

Unternimmt die Gemeinde etwas?

Ja, der Gemeinderat hat den Vorstand schriftlich darauf hingewiesen, dass das Vereinsrecht, die Statuten sowie die Ausstandsregeln zu respektieren und einzuhalten sind. Auch verlangt die Gemeinde mehr Transparenz, vor allem bei der Vergabe der Bootsplätze. Ich werde mein Amt per Datum der ordentlichen GV zur Verfügung stellen. Der Gemeinderat hat entschieden, Rechtsanwältin Deborah Basso in den Vorstand zu delegieren. (nad)